

TERRORISMUSBEKÄMPFUNG

"Wünschen uns mehr Befugnisse

Mag. Peter Gridling, Leiter der Einsatzgruppe im Innenministerium zur Bekämpfung des Terrorismus (EBT), über Terror und Terrorismusbekämpfung.

Was hat sich seit dem 11. September 2001 bei der Terrorbekämpfung in Österreich geändert?

Gridling: In erster Linie ist es den Österreichern bewusst geworden, dass der internationale Terror nicht tot, sondern eine ernste Bedrohung ist. Politisch haben wir nun alle internationalen Konventionen auf dem Gebiet der Terrorbekämpfung unterschrieben und den Ratifizierungsprozess eingeleitet. Wir haben auch begonnen, den Begriff Terrorismus im Strafrecht zu verankern und die Bekämpfungsmöglichkeiten zu verbessern, und zwar mit Änderungen in der Strafprozessordnung, im Strafgesetzbuch und auch im Sicherheitspolizeigesetz. Im Strafgesetzbuch wird der Begriff der "terroristischen Vereinigung" eingeführt und auch die Terrorismusfinanzierung wird unter Strafe gestellt.

Was war die Hauptidee aus den Terroranschlägen?

Gridling: Der 11. September hat Bewegung in die internationale Zusammenarbeit gebracht. Ein wichtiges Erkenntnis des 11. September ist, dass sich Terrorismusbekämpfung nicht singular im Bereich der Nachrichtendienste oder im Bereich der Polizeien abspielen kann, sondern dass die Information zusammengeführt werden muss. Barrieren, die es in der Zusammenarbeit zwischen Nachrichtendiensten und Polizeiorganisationen immer gegeben hat, sind aufgeweicht worden. Das war ein wichtiger Schritt, der einerseits zu einer vermehrten Zusammenarbeit zwischen den Nachrichtendiensten selbst und andererseits zu einer besseren Zusammenarbeit zwischen Nachrichtendiensten und Polizeiorganisationen geführt hat. Natürlich gibt es dabei noch Probleme, etwa in den Bereichen Quellenschutz oder Umgang mit nachrichtendienstlicher Information; aber allein die Bereitschaft, ernsthaft zusammenzuarbeiten, zeigt schon erste Früchte. Dieser Schritt bedeutet in der internationalen Zusammenarbeit einen deutlichen Mehrwert.

Die EU-Justizminister haben sich nach den Ereignissen vom 11. September sehr rasch auf eine Definition des Terrorismus geeinigt. Warum erst jetzt?

Gridling: Das Problem der Definition des Terrorismus ist uralte. Es hat immer eine große Kluft zwischen jenen Ländern gegeben, die unter Terrorismus leiden und einen innerstaatlichen Terrorismus haben, und jenen Ländern, die das Problem Terrorismus als nationales Phänomen nicht kennen. Jedes Land hat versucht, eine Definition zu finden, in der es sein nationales Problem unterbringt. Das hat eine international anerkannte Definition bisher verhindert. In diese Diskussion ist nach dem 11. September Bewegung gekommen. Zumindest im einheitlichen Rechtsraum "Europäische Union" soll es eine Definition geben. Derzeit geht es aber eher in die Richtung eines einheitlichen Katalogs terroristischer Straftaten. Eine einheitliche Definition wird wahrscheinlich nicht zu erzielen sein, aber es wird eine weitgehende Annäherung der nationalen Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten geben.

In einigen westlichen Ländern sind nach dem 11. September für eine wirksamere Terrorbekämpfung Grund- und Freiheitsrechte eingeschränkt worden. Ist das gerechtfertigt?

Gridling: Der 11. September hat zwar das Bewusstsein verändert; aber in Österreich nicht die Grundrechte abgeschafft. Dass aber ein intensiver Diskussionsprozess über die zur polizeilichen Aufklärung und vor allem über die zur Prävention zur Verfügung stehenden polizeilichen Befugnisse eingesetzt hat, ist aus unserer Sicht durchaus zu begrüßen.

Die EBT hat nach dem 11. September sehr aufwändig ermittelt. Gibt es Spuren aus dem Umfeld der Attentäter nach Österreich?

Gridling: Nein. Wir sind über 850 Hinweisen nachgegangen; es haben sich keine Verbindungen zu den Attentätern ergeben. Zusätzlich hat die Staatspolizei bei etwa 400 Anthraxverdachtsfällen ermittelt; das zeigt schon allein, wie umfangreich und personalintensiv die Ermittlungen waren. Es gibt aber in Österreich eine relativ große islamische Gemeinde, welche die verschiedenen Strömungen widerspiegelt. Ihr gehören Sympathisanten beinahe aller extremistischen Bewegungen an. Zwar rechnen wir nicht mit terroristischen Anschlägen in Österreich, aber unter den Sympathisanten der verschiedenen extremistischen bzw. terroristischen Organisationen sind durchaus auch solche, deren Aktivitäten über bloße Sympathie hinausgehen, wenngleich sie derzeit kein strafbares Ausmaß erreichen.

In den Lagern Afghanistans sind laut nachrichtendienstlichen Quellen zwischen 80.000 und 120.000 Glaubenskrieger ausgebildet worden, die in aller Welt untergetaucht sind. Gibt es ein weltumspannendes Terrornetz, das wieder zuschlagen könnte?

Gridling: Den internationalen Terrorismus kann man nicht durch Bombardements in Afghanistan, sondern nur durch Kooperation auf allen Ebenen wirkungsvoll bekämpfen. Wie nachrichtendienstliche Erkenntnisse zutage gebracht haben, sind zwar sehr viele Kämpfer in Afghanistan ausgebildet worden, die sich aber danach auf zahlreiche Staaten in der Welt verteilt haben. Wir gehen davon aus, dass die Organisation Al Qaida in über 50 Ländern solche Sympathisanten und Anhänger hat.

Die militärische Aktion in Afghanistan hat den Taliban aber aufgezeigt, dass die offene Unterstützung einer Terrororganisation von der internationalen Völkergemeinschaft nicht geduldet wird. Die Kampagne hat momentan das Netzwerk der Al Qaida in ihren Aktivitäten eingeschränkt, aber dieses Netzwerk ist nicht auf Afghanistan beschränkt, sondern in vielen anderen Ländern intakt. Daher ist davon auszugehen, dass Al Qaida in der Lage ist, weiterhin Terroranschläge zu begehen.

In Österreich gibt es einige extremistische islamische Gruppen. Vergrößert sich deren Anhängerschaft?

Gridling: Für die Sicherheitsbehörden ist es ein Anliegen, diese Szene entsprechend zu beobachten. Wir können derzeit keinen vermehrten Zulauf feststellen. Nach dem 11. September ist in der islamischen Gemeinde allgemein Betroffenheit erkennbar gewesen. Man ist auch eher vorsichtig geworden mit öffentlichen Diskussionen und Äußerungen, die eine extremistische Einstellung oder eine Sympathie für Extremisten erkennen lassen würden.

Reicht das rechtliche Instrumentarium aus, um eventuellen Terrorismus wirksam bekämpfen zu können?

Gridling: Wir haben in Österreich zwar keinen inländischen Terrorismus, waren jedoch in der Vergangenheit öfters Schauplatz von Terroranschlägen. Um Terrorismus zu einem frühen Zeitpunkt wirksam bekämpfen zu können, ist das rechtliche Instrumentarium ungenügend. Dies bezieht sich nicht auf die Befugnisse in der Strafprozessordnung, sondern auf das Sicherheitspolizeigesetz.

Ist die "erweiterte Gefahrenforschung" ein untaugliches Mittel zur Terrorbekämpfung?

Gridling: Die Verankerung der Aufgabe der erweiterten Gefahrenforschung war ein wichtiger Schritt, eine Rechtsgrundlage für Vorfeldarbeit, die der Staatspolizei in der Vergangenheit immer als rechtswidrig angelastet wurde. Für eine wirkungsvolle Präventionstätigkeit war es daher notwendig und richtig, diese Aufgabe zu schaffen. Die damit verbundenen Befugnisse sollten aber erweitert und mit den Befugnissen der Gefahrenabwehr gleichgestellt werden. Das bedeutet nicht nur eine Sichtobservation zuzulassen, sondern es sollten zu diesen Zweck auch verdeckte Ermittlungen zulässig sein.

In Italien flammt mit der Ermordung des Regierungsberaters Marco Biagi durch die "Roten Brigaden" der linksextremistische Terror wieder auf. Ist mit einem Übergreifen auf andere Länder zu rechnen?

Gridling: Wir beobachten die Situation in Italien sehr sorgfältig. Das soziale Klima in Italien ist deutlich schlechter geworden und lässt ideologisch motivierte Straftäter wieder mehr zum Vorschein kommen. Ein Übergreifen auf Österreich oder eine Verschlechterung der Situation ist derzeit eher nicht zu befürchten. Wir wissen aber aus der Vergangenheit, dass so etwas doch sehr rasch gehen kann, da für terroristische Straftaten keine Massenbewegung als Auslöser erforderlich ist.

Die Zahl der militanten Globalisierungsgegner wächst an. Was bedeutet das für die Sicherheitsbehörden?

Gridling: Die Globalisierungsgegner haben prinzipiell keine schlechten Motive. Man muss hier klar trennen zwischen den Globalisierungsgegnern und jenen, die mit Militanz gegen die Globalisierung der Wirtschaft vorgehen wollen. Die Globalisierung wird uns daher als Thema die nächsten Jahre begleiten. Eine Prognose abzugeben, ob diese Tendenz zu einer terroristischen werden könnte, ist schwierig. Die wirtschaftliche Entwicklung in der Welt wird es mit sich bringen, ob Globalisierungsgegner verstärkt auf Militanz setzen werden.

In den Bereichen Links- und Rechtsextremismus sowie ausländischer Extremismus gibt es derzeit laut jüngstem Verfassungsschutzbericht keine besonderen Probleme in Österreich. Wird es so bleiben?

Gridling: Wir sind keine Hellseher und deswegen beobachten wir diese Entwicklungen sehr genau. In Österreich ist der Rechtsextremismus zahlenmäßig eher gering, viele Dinge reduzieren sich auf Propagandaaktivitäten. Auch die Aktionen der Linksextremisten haben bei weitem nicht jenes Ausmaß erreicht wie in benachbarten Ländern. Wie jedoch die Demonstrationen um die Wehrmachtsausstellung gezeigt haben, gibt es in der Szene ein nicht zu unterschätzendes Gewaltpotenzial.

Als Folge des Kriegs im Nahen Osten hat es in einigen EU-Ländern Anschläge gegeben. Wird man die Auseinandersetzungen auch in Österreich spüren?

Gridling: Der Nahostkonflikt kann zu einer Eskalation der Meinungen führen. Dass dies bereits ein Thema ist, das intensiv diskutiert wird, haben auch die Demonstrationen in Wien, in Linz und in Graz gezeigt. Es waren nicht viele Demonstranten, aber sie haben gezeigt, dass der Nahostkonflikt auch die Leute in Österreich bewegt und dass sie diese Entwicklung genau mitverfolgen.

Interview: Werner Sabitzer